

## Pressemitteilung des Grundschulverbandes

### Sommerferien und Schulanfang mit Corona: Was Politik klären muss, damit Schulen planen können

Mit Verweis auf die Studien zur Infektionsgefährdung für und durch Kinder hat sich die Kultusministerkonferenz darauf verständigt, die Schulen im Lande nach den Sommerferien wieder in den Regelbetrieb einsteigen zu lassen. Ungewissheit über die Aussagekraft der bisherigen Studien bleibt, wahrscheinlich hat aber die Stellungnahme von vier Ärztenverbänden mit der Forderung, Kitas und Grundschulen schnell wieder in den Normalbetrieb zu überführen, das Ende des Abwartens besiegelt.

Die Mediziner vermuten, dass die psychischen und sozialen Folgen für die Kinder gravierender sein werden als deren gesundheitliche Risiken. Forderungen von Eltern und Arbeitgebern weisen konsequent auf den Betreuungsbedarf hin, Jugendämter und Kinderschutz-Organisationen warnen vor zunehmender Gewalt gegenüber Kindern, wenn der Blick von Schule und Kita fehlt. Kein Zweifel besteht an der durch die Schulschließungen ausgeweiteten Bildungsungerechtigkeit gegenüber Kindern aus benachteiligten Lebensverhältnissen.

Mit der von der KMK verabredeten Absicht, wieder in den Regelbetrieb einzusteigen, wird von den Bundesländern ein gemeinsames Vorgehen signalisiert, das viele Wochen nicht mehr erkennbar war. Nach wie vor wird aber Wert darauf gelegt, dass das bundeslandspezifische und regionale Infektionsgeschehen die Entscheidungen über Schließungen regeln muss. „Das reicht aber nicht als Gemeinsamkeit“, stellt Maresi Lassek, die Vorsitzende des Grundschulverbandes, fest. „Die Unsicherheiten im Land sind groß, es braucht übergreifende Abstimmungen über Öffnungsstrategien, Hygienemaßnahmen, den Gesundheitsschutz für Kinder und Personal auch Notfallpläne, die Abläufe regeln. Der Verzicht auf Abstandseinhaltung und auf Mund- und Nasenschutz ist zu wenig.“

Schulen müssen die komplizierte Planung für unterschiedliche Bedarfsszenarien nach den Ferien auf guten Grundlagen erstellen können.

Die Kultusministerinnen und Kultusminister verteidigen trotz aktuell aufflammender Hotspots ihre Öffnungsabsichten konsequent, ihre Entscheidung ist und bleibt jedoch unsicher. Der Grundschulverband fordert in einer Stellungnahme (s. Anlage) mehr Transparenz in der Bewertung von Risiken, klarere Regelungen auch für den Infektionsfall und deutlichere Unterstützung der Schulen.

29. Juni 2020

V.i.S.d.P. Susanne Hirsch

#### Für Rückfragen

**Maresi Lassek**, Vorsitzende, Email: [maresi.lassek@grundschulverband.de](mailto:maresi.lassek@grundschulverband.de)

Tel.: 0421 894155

**Prof. Dr. Thomas Irion**, Fachreferent, Email: [thomas.irion@ph-gmuend.de](mailto:thomas.irion@ph-gmuend.de)

Tel.: 07171 99 77 326  
0160 92727045

**Prof. Dr. Markus Peschel**, Fachreferent, Email: [markus.peschel@uni-saarland.de](mailto:markus.peschel@uni-saarland.de) Tel.: 0681 302 713 99

#### Vorstand

Maresi Lassek • *Vorsitzende*

Prof'in Dr. Erika Brinkmann • *Stellvertreterin*

Ulrich Hecker • *Stellvertreter*

#### Weitere Vorstandsmitglieder

Marion Gutzmann

Andrea Keyser

Gabriele Klenk

#### Fachreferentinnen und Fachreferenten

Prof'in Dr. Ursula Carle *Grundschulforschung*

Prof'in Dr. Frauke Hildebrandt *Sozialpädagogik*

Prof. Dr. Thomas Irion *Medienbildung*

Prof'in Dr. Kerstin Merz-Atalik *Inklusive Bildung*

Prof. Dr. Markus Peschel *Lernkulturen*

Prof. Dr. Jörg Ramseger *Schulische Qualitätsentwicklung*

Michael Töpler *Eltern und Schule*